

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

109 (12.5.1919)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postfach monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.00 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bzw. 4.32 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftsstelle: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 S., zuzügl. 30 % Zustellungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle: 1/2 Vorm., für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Gibt es ein Mittel?

Karlsruhe, 12. Mai.

Der Friedensvertragentwurf der Entente erregt in Deutschland Entzweiung und Empörung. Je mehr man sich in die Bestimmungen vertieft, desto härter wird der Eindruck: man sucht nicht nur alles zu nehmen, was wir haben, sondern womöglich noch etwas mehr. Die Friedensbedingungen sind für Deutschland erdrückend und erschreckend, sie rauben uns jeden Atem, jede Möglichkeit wirtschaftlicher Erholung und Wiedergeburt. Manches nimmt sich aus, als sei es das Produkt einer pervertierten Quaderphantasie: man verlangt von Deutschland ungeheure Leistungen und nimmt ihm gleichzeitig die Möglichkeit, auch nur das für sich Notwendige fürher zu produzieren.

Es ist klar, daß sich in dieser Stunde alles Denken eines Deutschen dahin konzentrieren muß, wo es denn noch irgend einen Weg gibt, diese Lamine des Unheils abzuwenden. Eine sehr lebhaft propagandistische Propaganda für die Nichtunterzeichnung des Friedens hat eingeleitet, sie wird, das ist charakteristisch und sollte auch der Entente zu denken geben, nicht nur von den Alldeutschen Vätern der Nation, sondern mit fast gleicher Leidenschaft von dem linkslebenden Berliner Tageblatt getrieben, das während des Krieges sehr stark nach der pazifistischen Richtung tendierte.

Aber gibt uns diese Propaganda wirklich ein Mittel an, das aus dem Unglück herausführt? Einem zum Tode Verurteilten ist schließlich nicht viel damit geholfen, wenn man ihm den Ras erweilt, vor der Hinrichtung Selbstmord zu begehen. Das ist vielleicht eine schöne Geste, aber tot bleibt der Verurteilte auf alle Fälle. Zunächst müssen wir uns darüber klar sein, daß bei Ablehnung der Unterzeichnung die Entente keinen Spaß verstehen wird. Die Wladade wird wieder mit voller Schärfe aufgenommen werden, was sonst dazu kommt, braucht garnicht erst noch in Betracht gezogen zu werden, man denke etwa an eine Vertiefung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Aber das wäre wirklich schon gleichgültig, weil allein das erste Mittel genügen würde, um uns in das vollkommene Chaos des Elends und der Anarchie zu führen.

Das Argument der Unterzeichnungsverweigerung acht man dahin, daß es bei Annahme dieses Erdbebens Friedens uns auch nicht viel anders ergehen würde. Aber es besteht dann wenigstens die letzte Hoffnung, durch die Tatsache die Entente von der Unmöglichkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. Die Erfüllung der Friedensbedingungen läßt sich naturgemäß durch Jahre hinziehen und wir müssen darauf hoffen, daß sich in dieser Zeit ein Umsturz im Denken der Entente vollzieht. Kommt der Friede zustande, so sind wir ja nicht mehr abgeschnitten, während eine Fortdauer des Kriegszustandes den Ententeeregierungen den erwünschten Vorwand geben würde, weiter jede Verbindung zwischen den Arbeitermassen Deutschlands und ihrer Väter abzuschneiden und im Innern ihrer Länder einen Ausnahmezustand auszurufen zu erhalten.

Vor allem aber kann die Entscheidung über die Frage: Unterzeichnen oder nicht, auf keinen Fall jetzt schon getroffen werden. Die Entente hat uns eine gewisse Verhandlungsmöglichkeit aufgetan und es muß versucht werden, aus dieser zu machen, was zu machen ist. Erst von dem Resultat der Verhandlungen kann die schlüssliche Stellungnahme abhängig gemacht werden. Auch der propagandistische Wert der Verhandlungen ist zu bedenken. Trotz aller Erregung dürfen wir keine Geschwätzpolitik treiben, der Verstand aber fordert, zunächst auch den letzten noch gangbaren Weg zu begeben, mögen die Aussichten, die er öffnet, auch noch so dünn sein.

Die Antwortnote der Entente.

Versailles, 11. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:

Herr Vorsitzender!

Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, welche die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Text der Friedensbedingungen enthält. In Verantwortung dieser Mitteilung möchten sie die deutsche Delegation daran erinnern, daß sie sich bei der Festlegung der Vertragsbestimmungen ständig von Grundrissen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterung ihres Rechtes zulassen, da sie die grundlegenden Bestimmungen des Friedens, so wie sie sie festgesetzt haben, aufrecht erhalten. Sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben.

Geschäftigen Sie usw.

Diese Antwort enthält, obwohl sie formell jede Erörterung des Friedensentwurfes grundsätzlich ablehnen scheint, eine erneute Festlegung auf die Vereinbarungen vom 5. Oktober bis November vorigen Jahres. Außerdem legt sie praktische Vorschläge zu Verhandlungen über die einzelnen Kapitel des Friedensentwurfes nahe. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Gegner am 10. Mai eine größere Anzahl von Druckschriften unserer Vorschläge zum Völkerbund und Arbeiterrecht erbeten haben.

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet:

Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfes eines Völkerbundes zu bestätigen. Der Entwurf wird der zuständigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, überreicht werden. Die deutschen Delegierten werden durch eine Neuprüfung der Völkerbundbedingungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesen Bund nicht überleben, sondern ausdrücklich im zweiten Absatz des ersten Artikels vorgegeben ist. Geschäftigen Sie usw.

Diese Antwort umgeht den Kernpunkt unserer Frage, die sich darauf bezog, daß Deutschland eine Bundesfassung als Teil des Gesamtvertrages unterzeichnen soll, obwohl es weder als ursprüngliches oder als eingeladenes Mitglied dem Völkerbunde angehört.

In Ausführung der in der ersten Note enthaltenen Anforderungen werden heute praktische Fragen und Bemerkungen übergeben werden, die auf die territorialen Abtretungen Bezug haben.

Vorbereitung von Gegenvorschlägen.

Berlin, 9. Mai. (Privatmeldung.) Wie der „Vorwärts“ aus Versailles meldet, haben die Meinungen, die in der ersten Erregung in den deutschen Delegationskreisen über die Friedensbedingungen und die zu ersehende Antwort aufstärkten, ruhigeren Erwägungen Platz gemacht. Ein Ueberblick über die Forderungen erweist, daß die vorliegenden Bedingungen mehr als katastrophal sind und daß sie das völlige Aufheben des deutschen Staates und damit deutscher Existenz bedeuten würden, ist allen klar. Aber gerade darum wächst die Überzeugung, daß eine streng sachliche und eingehende Darstellung der objektiven Unmöglichkeit mit gleichzeitigen Gegenvorschlägen, die dem Geist der Forderungen weitgehend Rechnung tragen, die einzig mögliche Antwort ist. Zu solcher Antwort dürfte es, wenn die hier anwesende Delegation entsprechende Einfluß behält, auch kommen.

Berlin, 10. Mai. (Privatmeldung.) Die heutige Sitzung des Reichsministeriums begann um 10 Uhr vormittags. Reichspräsident Ebert führte gestern den Vorsitz. Gegenstand der Beratungen sind fortgesetzt die Gegenvorschläge der deutschen Delegation an die Entente. Diese Gegenvorschläge werden gemeinsam in Berlin und in Versailles ausgearbeitet. Zwischen der Delegation und der Reichsregierung findet ein ununterbrochener telegraphischer Meinungsaustausch über Art und Inhalt der Vorschläge statt.

Rundgebungen gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 9. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Von zehnjähriger Seite wird uns mitgeteilt: Seit Bekanntwerden der feindseligen Friedensbedingungen gehen beim Reichspräsidenten und dem Reichsministerpräsidenten zahlreiche Telegramme aus allen Teilen Deutschlands ein, die entsetzten Protest gegen die uns zugewandte Vergewaltigung enthalten. Alle bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Reichsregierung keinen Frieden annehmen werde, der den vorliegenden Bedingungen irgendwie entspreche. Der Reichspräsident und die Reichsregierung sind außerhande, auch nur einen Teil dieser Rundgebungen zu beantworten. Keine wird ungehört verfallen. Der Reichspräsident wird sich mit allen Kräfte unterstütztes Bemühen um Gewaltfrieden zu einem Verhandlungsfrieden zu gelangen.

In Wien lauden gestern förmliche Rundgebungen für den Zusammenbruch des ganzen deutschen Volkes und für das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreichs statt.

Die Stellung der badischen Regierung.

Wie die amtliche Korrespondenz mitteilt, hat das badische Gesamtministerium schon am Freitag in langen und eingehenden Beratungen die Frage selbst und die Möglichkeit, mit denen wir zu rechnen haben, einer gründlichen Prüfung und Besprechung unterzogen. Die Entscheidung selbst wird natürlich bei der Reichsregierung, dem Staatenausschuß und dem Reichsparlament zu liegen haben. Notwendig aber ist es, daß die Regierung eines jeden Gliedstaates sich einrichtet auf alle Eventualitäten, die uns die nächste Zeit bringen kann. Und das gilt wieder: ganz besonders für uns in Baden. Die badische Regierung darf erwarten, daß die Bevölkerung, aus deren Vertrauen heraus sie zu ihrem Amte berufen wurde, ihr mit dem ernstesten Willen der Mitarbeit zur Seite steht. Nicht eines jeden Einzelnen ist es, sich mutig und besonnen hinter die Regierung zu stellen, ihr ihre Aufgabe mitzutragen zu helfen und sie zu stützen in dem unangenehm schweren Kampfe, den sie zu führen hat um die Erhaltung unseres Volkes! Auch die bad. Regierung hat Anspruch auf dieses Vertrauen! Wir sind auch heute noch der Hoffnung, daß bei uns in Baden Regierung, Parlament und Volk in treuer Zusammenarbeit und in harter Einmütigkeit der großen Schicksalsfrage, die über uns schwebt, entgegen treten werden.

Die Abreise der deutschen Delegierten?

Paris, 11. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Ganas. Wie die „Chicago Tribune“ meldet, sollen die deutschen Friedensdelegierten beschließen haben, am Sonntag nach Berlin und Weimar abzureisen, Graf Brockdorff-Rantzau habe alle Delegierten angewiesen, ihr Gepäck bereit zu halten, um innerhalb 48 Stunden

abreisen zu können. Graf Brockdorff-Rantzau wird, wie die Blätter berichten, den Alliierten mitteilen, daß alle weiteren Besprechungen in Zukunft von Berlin oder Weimar aus stattfinden würden.

Der internationale sozialistische Ausschuß.

W.B. Versailles, 12. Mai. „Populaire“ meldet: Der internationale sozialistische Ausschuß setzte vorgestern Nachmittag und gestern Vormittag seine Arbeiten aufs rührigste fort, prüfte die Vertragsbestimmungen eingehend und erörterte die Ausarbeitung einer Rundgebung, deren Abfassung einem Unterausschuß, bestehend aus Ramsay MacDonald, Stuart, Yunnin und Renard, übertragen wurde. Ein Unterausschuß, bestehend aus Henderson, Hysmans und Longuet, wurde beauftragt, neue Fassungen der Internationale endgültig und in allen Einzelheiten auszuarbeiten. Es wurde beschlossen, eine möglichst baldige Unterredung mit dem Vicerat zu fordern. Der Ausschuß forderte ferner die Entsendung einer Abordnung nach Deutschland, Italien und der Schweiz. Der sozialistische Zehnerverband prüfte gestern Nachmittag in einer eigens zusammengerufenen Generalversammlung, die durch die Versailler Präliminarien aufgeworfene Friedensfragen. Es wird beabsichtigt, gegen den Imperialismus der Entente Länder Einspruch zu erheben und Richtlinien für ein Vorgehen aufzustellen.

„Populaire“ schreibt: Die Entente wolle Deutschland, wie aus Clemenceaus Antwort hervorgeht, keinerlei Freiheiten in der Erörterung der grundsätzlichen Bedingungen lassen. Die Haltung der Entente schreie nach gewalttätiger als die Deutschlands in West-Litowka, wo man wenigstens in gewissen Punkten dem erdrückten Rußland den Schein von Diskussionsfreiheit ließ. Derselbe Baum bringe immer dieselben Früchte. Das revolutionäre Rußland habe die erste Gelegenheit ergriffen, um die aufzunehmenden Gewaltfrieden abzuschütteln. Der „Populaire“ schließt: Deutschland wird dem Beispiel Rußlands folgen und wir werden ihm zustimmen.

Offener Brief der französischen Gewerkschaften an den Präsidenten Wilson.

SK. Der Allgemeine Arbeitsbund (Confederation Generale du Travail) hat durch eine Abordnung, bestehend aus den Genossen Laurent, Perrot und Laquet dem Präsidenten Wilson ein offenes Schreiben überreicht, das in dessen Vertretung von Hoover entgegengenommen wurde. In demselben heißt es:

Herr Präsident! Ihr kraftvoller und öffentlicher Widerspruch gegen die italienischen Ansprüche hat — wir legen Wert darauf, Sie dessen zu versichern —, im Bewußtsein der französischen Arbeitermassen vorbehaltlose Zustimmung gefunden und wir danken Ihnen in deren Namen für dieses neuerliche Zeichen von Mut und Treue zu den Friedensgrundrissen, zu deren Verkündiger Sie sich gemacht haben und die man im gebilligten Interesse der Völker und des Friedens allen Kriegführenden auferlegen sollte.

Ihre berufene Stimme hat bei Gelegenheit der Regelung des Schicksals von Ruine und der baltischen Küste noch einmal das innerste Empfinden aller deren wiedergegeben, die im Bewußtsein des Rechts und dem Gefühl rechtmäßiger Verteidigung und des Widerstandes gegen Imperialismus und Annetionismus an dem Kriege teilgenommen haben.

Dies ist für uns eine Gelegenheit, Sie daran zu erinnern, daß das Arbeitervolk Frankreichs, das im Kampfe gegen das laizistische imperialistische und militaristische Deutschland so große Opfer gebracht hat, niemals dulden könnte, daß der aus seinen Leiden und seinem Blute erwachsene Sieg — Sieg auch der feierlich von Ihnen verkündeten Grundriss — bei seinen Regierenden einen Ehrgeiz hervorruft, dessen unbestimmte Neugierungen wenig dazu angetan sind, uns zu beruhigen.

Unsere Stellung kann sich so wenig ändern wie das Recht selbst. Ob sie nach dem Siege das Lager gewechselt haben oder nicht, Imperialismus und Annetionismus bleiben gleich verdammenwert. Sie haben soeben diese Verdammung ausgesprochen.

Möge dieses Schreiben hier, eine neuerliche Huldigung an die Gerechtigkeit ihrer Grundriss, Ihnen erlauben, wenn es Ihnen noch febril, die notwendige Ermächtigung zu finden, um ihren Verteidigungskampf gegen alle Hochtäuscher und Diplomaten und für die von Ihnen festgelegten 14 Punkte, die wir zu den unfernen gemacht haben, und die einem Menschheitsfrieden als Grundlage dienen sollen, auch furchtlos zu bestehen.

Für die G. O. d. T. Der Sekretär: Marcel Laurent.

An die Sozialisten aller Länder.

Berlin, 10. Mai. Im „Vorwärts“ wendet sich der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an die Sozialisten aller Länder und sagt: Der Versailler Entwurf hat die schlimmsten Erwartungen der Friedensfreunde aller Länder übertroffen. Der Gewaltfrieden, der uns aufgezungen werden soll, ist die beste Rechtfertigung der Haltung der deutschen Sozialdemokraten in der Landesverteidigung. Wir wußten immer, was dem deutschen Volke drohen würde, wenn die Imperialisten der Entente ihnen den Frieden diktierten würden. Der Sieger trifft die deutsche Republik bis ins Herz. Der Entwurf trägt den Keim zu neuen Kriegen in sich, er bedeutet das Todesurteil einer geordneten Volkswirtschaft. Die deutschen Arbeiter werden auf ewige Zeit verflacht. Den Nutzen davon hätten nur die Kapitalisten der anderen Länder. Die Friedensvorschläge sind ein Lohn auf die 14 Punkte Wilsons. Wird die sozialistische Internationale ihre Stimme gegen einen Gewaltfrieden so laut erheben, daß in den fegeleichen Ländern die Nachhaber von heute auf sie hören müssen? Wir erwarten es, aber es ist die höchste Zeit.

den Truppenteilen bestehenden S. M. aufgelöst, soweit die Gesamtzahl des Truppenteils an Unteroffizieren und Mannschaften die Zahl 300 nicht mehr erreichte. Bei allen Beförderung, Anstellungen und Schulen usw. des aufgelösten Friedensheeres treten Vertrauensleute an die Stelle der S. M. Eine Maßnahme, die bei uns in Baden schon fast durchweg durchgeführt war, da hier infolge der neutralen Zone bei den meisten Behörden keine S. M. tätig sein durften. Die Truppen der Kavallerie und das Pflanzregiment wählten jeweils für sich ihre Vertrauensleute, von beiden Kategorien, von denen die erstere ihrer Zusammenziehung nach dauernd wechelt, eine Vertretung ihrer Wünsche zu sichern.

Die Standorte S. M. treten ebenfalls zurück und führen die Abrechnung der laufenden Geschäfte bis 20. Mai durch. Standorte des alten Friedensheeres und der Reichswehr haben in Zukunft demnach keine Standorte S. M. mehr. Der Landesausmarsch der S. M. Baden's beim Generalkommando 14. A. M. in Durlach verläuft zunächst ohne Geschäfte weiter und arbeitet die noch laufenden Angelegenheiten auf, um sich dann entsprechend der Abnahme der Truppenteile zu vermindern.

Am Pfingstsonntag des amerikanischen Meßes, wie sie in Verfa vorgenommen sein sollen, zu verichten, hat das Ministerium des Innern besondere Maßnahmen getroffen. Das Meß, dessen erste Sendung dieser Tage erwartet wird, wird unmittelbar von Moskau nach Mannheim verbracht. Von da aus erfolgt die Verteilung an die Kommunalverbände, die die Zuteilung an die Verbraucher regeln. Die Kommunalverbände werden den Verkauf auf strengste überwachen und dafür Sorge tragen müssen, daß das Meß unverfälscht an die Verbraucher gelangt. Zu diesem Zweck wird das Ministerium des Innern die Kommunalverbände anweisen, den Vertrieb des Auslandsmehls solchen Geschäften nicht zuzulassen, die schon jetzt zu 94 % ausgemahltes inländisches Meß verkaufen, sondern den Verkauf besonderen Stellen zu übertragen.

Die Tagesordnung der Versammlung der Landwirtschaftskammer, die am 14. Mai, vormittags 10 Uhr (nicht 9 Uhr) beginnt, ist im folgenden Gegenstande erweitert worden: 1. Vertretung der Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer in deren Abwesenheit. 2. Die Neuwahl der Vertreter in den Bad. Eisenbahnrat und den Deutschen Landwirtschaftsrat.

Druckfehlerberichtigung. In unserem Bericht über die letzte Landtagssitzung befanden sich verschiedene druckfehler, die wir hierdurch richtig stellen wollen. So muß es in der Einleitung in der Beschl. gegenüber dem Zentrumsabgeordneten Geurich heißen, daß Führer, die jahrelang das Volk an der Nase herumzuführen, das Vertrauen des Volkes eben verlieren (statt uns nach verlieren) und in der Rede des Genossen Marum muß es selbstverständlich lauten: Die alten regierenden Gewalten lehren die falschen Ideen der Gewalttätigkeit, die der stillen (statt stilligen) Idee widerprechen.

Aus dem Tätigkeitsbericht der bad. Landwirtschaftskammer für 1918. Die bad. Landwirtschaftskammer verendet soeben den Bericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1918. Der Bericht hebt hervor, daß die bisherige Tätigkeit der Landwirtschaftskammer durch Erwerb und Einrichtung der Versuch- und Lehrplättchen, Tiefenan, Donau- und Wannenhorstberg eine Erweiterung erfahren hat und daß im Hinblick auf die Betriebsabteilung eine kulturtechnische Stelle zur Durchführung der Meliorationsarbeiten geschaffen worden ist. Die im Laufe der Jahre an die Landwirtschaftskammer herangetretenen Aufgaben zur Förderung der Landwirtschaft haben den Entschluß zur Erziehung einer eigenen Fortbildungsschule angeschlossen. Der Bericht hebt dann das weitere hervor, daß der wachsende Landbesitz an die Gütervermittlung und die ungünstigen Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land an den Arbeitsnachweis erhöhte Anforderungen gestellt haben. Mit Rücksicht auf die umfangreiche Entwicklung der Gesamttätigkeit der Landwirtschaftskammer hat diese ihre Tätigkeitsgebiete in acht Abteilungen abgetrennt, welche umfassen: Eine volkswirtschaftliche Abteilung, eine landwirtschaftliche Betriebsabteilung (einschl. der techn. Betriebe), eine Tierzuchtabteilung, eine Pflanzenbauabteilung, eine Obst- und Gemüsebauabteilung, eine Edelbranntweinabteilung, die Weinbauabteilung und die Weinabteilung.

Die Neuordnung der Städte- und Gemeindeordnung. Wie gemeldet wurde, hat die Regierung einen Ausschuss eingesetzt, zur Ausarbeitung eines Entwurfs einer neuen Städte- und Gemeindeordnung. Dieser Ausschuss besteht bekanntlich aus Oberbürgermeister Huber-Mannheim, Oberbürgermeister Dr. Walz-Weidenberg, Bürgermeister Dr. Vender-Wühl und Stadtrat Ged-Starkbrunn. Gegen die Zusammenziehung des Ausschusses ist von verschiedenen Seiten Einspruch erhoben worden, so vom Ausschuss des Verbandes mittlerer Städte Badens, von dem badischen Landgemeindevorstand, da die 1564 Landgemeinden mit ihren 1564 Bürgermeistern keine Vertretung im Ausschuss haben, und vom badischen Gemeindevorstand. Der Landgemeindevorstand fordert mindestens zwei Landbürgermeister mit Sitz und Stimme in der Kommission.

Unstille Gesehe. Die „Bad. Corr.“ weist darauf hin, daß die Gesehe vom 10. April betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, und vom 10. April, betreffend den Verleß mit Grundstücken (Energiegesetz) nicht in der nach der Verfassung erforderlichen Weise zustande gekommen sind und daher keine Rechtskraft haben. Nach § 9 der Verfassung (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 28, Seite 28) kann die Annahme eines Gesetzes nur auf Grund einer zweimaligen, durch eine Zwischenzeit von mindestens einer Woche getrennten Beratung und Abstimmung erfolgen. Ueber beide Gesehe ist aber nur je einmal beraten und abgestimmt worden.

Ein konservativer Kräfteher. Aus Bretten schreibt man uns: Die „Süddeutsche Zeitung“, die zurzeit den großholländischen Abenteurer treibt, glorifiziert den Verleß der Brettenen Genossen am 1. Mai, der dem Volk nicht gefallen hat und berichtet von einer Art Gegenmanifestation der konservativen Bürgerchaft. Wirklich heißt es: Zu Pfingsten des Kaiserdenkmals lag ein Trauerzug mit den nationalen Fahnen. Das war der Ausdruck der Bestimmung der Bürgerchaft. Was hatten wir früher, als das Kaiserreich noch stand, für herrliche nationale Feste? — Daß das Bürgerturn vorführen und deren Denkmälern unentwegt auf dem Bocke liegen, war bisher nur eine billige Ausdrucksweise, die aber in Bretten jetzt Wirklichkeit geworden zu sein scheint. Diese monarchische Gegenmanifestation verdiente von der Feder eines Ferdinand Wadlinger festgehalten zu werden, der schon einmal ein solches „herrliches Nationalfest“ am Orte verewigt hat.

1. Majstat, 9. Mai. Seit der Revolution ist es das Bestreben des Zeug- und Feuerwerks-Personals, auch die höheren Verwaltungsstellen für ihre Karriere zu erschließen, damit nicht alle, langgediente und im Zeug- bzw. Feuerwerkfach erfahrene Hauptleute einem Truppenoffizier vor die Nase gestellt bekommen. Beim höchsten Artilleriedepot hatten diese Bestrebungen auch einen gewissen Erfolg, den das Artilleriedepot wurde seit der Revolution von Zeug-, bzw. Feuerwerks-Offizieren geleitet (eine zeitlang sogar von einem Zeug-Leutnant), und zwar sicher ebenso gut wie früher von einem Oberst. Die hohen Militärbehörden scheinen sich aber jetzt noch auf den Standpunkt zu stellen, daß sich für leitende Posten nur aktive Truppenoffiziere eignen können. Es wird daher in nächster Zeit ein neuer Vorkampf für das hiesige Artilleriedepot entzünden. Sein Name ist: Major z. D. Karl Maximo Lubmig Freiherr Franz Freiherr Neubronn von Eisenburg!

Bruchsal, 12. Mai. Großfeuer. Am Sonntag nach Bruchsal in der Nähmühlstraße des Herrn Scheuer ein Brand aus, durch den das dreistöckige Gebäude vollständig ausgebrannt ist.

Die Fabrik, in der erst während des Krieges auch ein Mühlenbetrieb eingerichtet wurde, beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Eisenerzeugnissen. Circa 3000 Zentner Eisenerzeugnisse, die in der Fabrik hergestellt wurden, sind verbrannt. Der Schaden dürfte auf circa 150 000 M. zu bemessen sein. Die Tätigkeit der Feuerwehre konnte sich nur darauf beschränken, die Nachbargebäude zu schützen, was auch gelang.

Bruchsal, 11. Mai. Die ersten Häuser der Bruchsaler gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft sind jetzt aufgeschlagen worden. * Kitzbach, 11. Mai. In der Angelegenheit des vor kurzem in Müngesheim verübten nächtlichen Raubes wurde, wie das „Brettenener Tagblatt“ berichtet, hier ein junger Burde verhaftet. Die Hauptverdächtigen sind unter Mithilfe des geruchten Geldes entflohen, um nach der Schweiz zu entkommen. Man glaubt aber nicht, daß sie ihr Ziel erreicht haben.

* Wadshut, 11. Mai. Bei dem Abessinien wurde in den Stromschnellen eine Leiche entdeckt. Die Stelle, wo die Leiche liegt, ist völlig unzugänglich. Es scheint sich um eine weibliche Leiche zu handeln.

Von der Mainau, 11. Mai. Der Großherzog und die Großherzogin a. D. haben Ende letzter Woche Schloß Langenstein, wo sie ein halbes Jahr weilten, verlassen und sind auf Schloß Mainau eingetroffen. Die Großherzogin Duise und die Königin von Schweden werden ebenfalls Sommeraufenthalt auf der Mainau nehmen.

Badisch-Meinseifen, 10. Mai. In einem Walde bei Maulburg ist die Leiche des ermordeten Schmugglers L. Kreuz aufgefunden worden.

Mannheim, 11. Mai. In einer Fabrik auf dem Lindenhof führte der 31jährige Magazinarbeiter Otto Peh aus Wadshut etwa sechs Meter in die Tiefe und stürzte an den bei dem Sturze erlittenen Verletzungen. — Am Freitag wurde die Leiche des seit 17. April vermissten Schiffheizers August Diefenbacher gefunden. Die Todesursache ist noch nicht festgestellt.

Mannheim, 11. Mai. Der Kaufmann Josef Lorenz ist im Alter von 60 Jahren in Griesheim am Main gestorben. Er war Mitbegründer des Mannheimer Volksblattes und von 1892 bis 1894 Vorkämpfer von dessen Drucker.

Mannheim, 10. Mai. In der letzten Strafkammerung hatten sich wegen Landfriedensbruch vier Burden zu verantworten, die bei dem Mannheimer Februarputsch beteiligt waren. Diese vier Angeklagten waren mit anderen nach der Gefangenenbefreiung in das Villenviertel gezogen, in die dortigen Häuser eingedrungen und Geld und Wertgegenstände erpreßt. Ihre Mitäter konnte man nicht mehr feststellen. Die Angeklagten erhielten mehrmonatige Gefängnisstrafen.

Gersbach, 11. Mai. Seit einiger Zeit verkehrte auf der Landstraße bei Oberbach ein Auto, dessen Insassen hamsteren. Es ist nun gelungen, dieses Hamsterauto festzuhalten. Die Insassen und das Fahrzeug gehörten, wie die „Gersbacher Zeitung“ berichtet, einem Volkskate an. Die Leute hatten vier Schalen im Gewicht von 34 Kilogramm bei sich.

Ein Auguststoll. Von der Badischen Landwirtschaftskammer geht folgende Verächtigung zu: Der in Nr. 96 vom 26. April ds. Js. im „Volksfreund“ veröffentlichte Artikel „Ein Auguststoll“, der sich auf Vorgänge in unserem Mühlengarten bezieht, enthält, abgesehen von falschen Tatsachen, eine Reihe von Unrichtigkeiten, die wir hiermit berichtigt werden. Der Betrieb des Mühlengartens wurde stets sorgfältig überwacht. Selbstverständlich wurden die Angaben genau nachgeprüft und dabei festgestellt, daß es sich um einen Mordanschlag auf Arbeiter handelt. Der Verwalter E. sollte damit geschädigt werden. In keinem der angeführten Fälle liegt ein Verleß gegen die Vorarbeiten der Zwangsverwaltung vor. Die Anordnungen und Verfügungen sind so gefaßt, daß der unbefangene Leser alles mögliche Verständnis findet, während es sich in Wirklichkeit um Vorgänge handelt, die man den verantwortlichen Personen nicht zum Vorwurf machen kann. Es waren im Winter 15 Personen ständig zu beschäftigen, dazu kamen noch die vielen Transportarbeiter. Soldaten, die von langen Reisen ausgehört ankamen und verpflegt wurden. Was an Milch, Eiern und Fleisch erzeugt und verbraucht wurde, war im Rahmen der Selbstversorgung zulässig. Schafe und Schweine kamen bei der Mäntung des linken Rheinufer abgemagert und krank an, jedoch mehrere verendeten bzw. notgeschlachtet werden mußten. Kartoffeln und Erdäpfel kamen von weiten Transportorten her und mußten, um sie vor bösem Verderben zu retten, verfault werden. Dung wurde auch an die Gutsarbeiter abgegeben und außerdem wurden 2000 Zentner verkauft. Daß der Rechnungsführer die Lohnforderung eines Arbeiters mit einem ungehörigen Ausdruck beantwortet hätte, ist absolut unmöglich. Die Äußerung des jungen G.: „Der Brief kommt höchstens in den Papierkorb“, kann keinen Schluß auf die Geschäftsführung zulassen. Sie bezog sich auf die Drohung eines entlassenen Arbeiters, einen noch in Stellung befindlichen Arbeitskollegen zu denunzieren, daß er ebenfalls entlassen würde. Die Arbeiter wurden, als längst keine volle Beschäftigung mehr vorhanden war, noch wochenlang bezahlt und verpflegt, um sie im Winter nicht brotlos zu machen. Diese Entlassung erfolgte erst als die beginnende Feldarbeit es jedem möglich machte, in der Landwirtschaft löhrende Beschäftigung zu finden. Gegen die Urheber des Artikels behalten wir uns das Weitere vor.

Nachweise von in Elßah-Lobringen und Luxemburg zurückgebliebenen Gütern. Es besteht begründete Aussicht, daß die zurückgelassenen, in Elßah-Lobringen und Luxemburg zurückgebliebenen Güternungen auf Antrag nach Deutschland weiter- bzw. zurückzuführen werden können. Die Güterabfertigungen geben nähere Auskunft.

Zede Ausfuhr von Hausgerät von Elßah nach Deutschland ist augenblicklich gesperrt.

Kommunalpolitik.

Karlsruhe-Knielingen.

Knielingen, 8. Mai. Wer die Vorkaufsberatungen der Stadt Karlsruhe, die nunmehr beendet sind, verfolgt hat, wird die Erwähnung einer Angelegenheit vermissen, die die Stadt Karlsruhe verpflichtet, eine elektrische Bahn nach Knielingen bzw. Marz zu erstellen. Im Jahre 1908 ging ein großer Teil der an die Stadt in der Nähe des Rheinsefers und Mühlburgs grenzenden Knielinger Gemarkung, ca. 1 1/2 Millionen Quadratmeter, durch Staatsministerialentschluß mit sofortiger Wirkung an die Stadt Karlsruhe über. Das Entschädigungsverfahren hierfür sollte nach der damals in der Schwabe sich befindlichen neuen Steuerentscheidung entgeltlich festgestellt werden. Die Stadt zahlte an Knielingen indes nur die Summe von ungefähr 86 000 Mark, die nach den Steuerwerten nach der alten Steuerentscheidung entsprach, während diejenige nach der neuen Entschädigung ungefähr 316 000 Mark betragen hätte. Die Gemeinde Knielingen klagte hierauf gegen die Stadt Karlsruhe auf Entschädigung nach der neuen Steuerentscheidung; der Prozeß ging durch die Hände verschiedener Rechtsmänner, die teils, weil sie in den Stadtrat gewählt wurden, die Vertretung der Gemeinde niederlegten, teils überhaupt nichts einschließen gegen die Stadt unternahm. Zuletzt wurde die Vertretung der Gemeinde dem Mannheimer Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld übertragen, der dann die Sache zur Verhandlung mit dem Bezirksrat und Verwaltungsgerichtshof brachte. Vor letzterem kam nun ein Vergleich dahingehend zustande, daß die Gemeinde 30 000 M. in bar erhielt und die Stadt Karlsruhe die Verpfändung übernahm. Knielingen auf ihre Kosten mit elektrischer Energie zu versehen (Erstellung der Zuleitung und des Ortsnetzes, was inzwischen geschehen ist), sowie bis zum 1. Juli 1915 eine Straßenbahn nach Knielingen zu erstellen. Inzwischen kam der unglückliche Krieg und die Stadt er-

suchte die Gemeinde um Pfist bis September 1916, was auch bewilligt wurde. Auf das Drängen der Gemeinde Knielingen nach diesem Zeitpunkte um Erbauung der Bahn verzichtete sich die Stadt immer hinter das Kriegswirtschaftsamt, das die erforderlichen Materialien nicht freigebe und die Verlegung des Mühlburger Bahnhofes. Die Gemeinde ließ sich wieder eine Zeit lang betrosteln und trat neuerdings an den Stadtrat heran, die Erstellung der Straßenbahn verlangend, die nunmehr bei der derzeitigen schlechten Bahnverbindung eine dringende Notwendigkeit für Knielingen geworden ist, jedoch bisher ohne Erfolg. Der jetzige Straßenbahndirektor hat anscheinend allen Willen, die von der Stadt übernommene Verpflichtung auszuführen, aber das Gemüts ist jedenfalls an einer höheren Stelle im Rathaus zu suchen. Man hat hier den Eindruck, daß dort jemand die Bahn überhaupt nicht erbauen, sondern die Gemeinde Knielingen mit der für den Fall der Nichtausführung vorgesehenen weiteren Entschädigung von 50 000 M. abspenzen will. Wir Knielinger werden uns aber auf keinen Fall darauf einlassen dürfen, sondern bis zu den höchsten Stellen und Gerichten gehen, um endlich die uns schon lange verprochene Straßenbahn zu erhalten. Namentlich die hiesige Arbeiterchaft hat ein großes Interesse daran, eine Fahrgelegenheit zur Arbeitsstelle und zurück zu haben. Wenn man bei der Stadtbewaltung den Beitritt wie in anderen Großstädten hätte, müßte diese Straßenbahn ja schon längst erstellt sein. Man scheint aber dort aus persönlicher Verärgerung eine Angelegenheit, die auch mit der Zeit für die Stadt nicht mehr aufschreibbar ist, so lange wir möglich hinausziehen zu wollen. Daß die Bahn jetzt mehr als das Doppelte wie 1914 kostet, ist nicht Schuld der Gemeinde Knielingen, sondern eben dieser Stelle, die den Bahnbau in billigeren Zeiten immer wieder hinausgeschoben hat. Wir fordern unsere Gemeindeverwaltung hiermit auf, mit allen Mitteln die Stadt zur Erstellung der Bahn zu betreiben.

Ettlingen, 5. Mai. Aus dem Gemeinderat. Der Gemeinderat beschließt, die Wasserleitungen für die Gemeinde, Bezirksrats- und Kreisratswahllokale sowie für die an dieselbe hinter der neuen Kaserne verpackten Schrebergärten eine Wasserleitung zur Wasserentnahme angebracht. Außerdem sollen für die Kleingärten Ede Durlacher- und Gullenthausstraße sowie am Schützenweg und in der neuen Friedhofanlage Wasserzapfstellen eingerichtet werden. — Der Anschlag des Ammens der Maschinenfabrik Lorenz an der Sedanstraße an die Stadt, Gas- und Wasserleitung wird unter den üblichen Bedingungen genehmigt. — Für die Gebäude in der Waldstraße ist der Wasserzins nach den neu festgestellten Mietwerten zu berechnen. — Auf Antrag der Kleingartenbäcker am Rohrdammweg wird das betreffende Gelände mit einer Einfriedigung versehen.

Eintritt Ettlinger Volksratsmitglieder für Mißpreisverhütung. Zu diesem Kapitel schied uns das Volksratsmitglied G. Hagemann eine Erklärung, in der es u. a. heißt, daß er nur deshalb für eine Mißpreisverhütung eingetreten sei, damit die Kranken, Säuglinge und schwangeren Frauen der Stadt Ettlingen wieder Milch erhalten, da die Bauern für den alten Preis nicht liefern können. Er habe in der Bauernvertreterkonferenz in Durlachhausen aber auch erklärt, daß er nicht als Vertreter der Stadt, des Volkes oder einer anderen Instanz die Erhöhung befürworte, sondern dies sei lediglich seine Privatmeinung. (Anmerkung der Red.: Wir glauben dem Eintrieder recht gerne, daß er durch eine Mißpreisverhütung eine bessere Versorgung der Stadt Ettlingen bezwecken wollte. Aber die Erfahrung lehrt doch, daß dieses gewagte Experiment noch immer verfehlt hat. Das Endeergebnis war immer: Kein Tropfen Milch kam deshalb mehr in die Stadt, denn die Hamperer zahlten einfach noch mehr wie vorher.)

Fast bei Bruchsal, 8. Mai. Die bekannte Methode dieser Gesellschaft scheint auch unter Farrherr bei den Gemeindevorständen anzuwenden zu wollen. Zu der am Sonntag abgehaltenen Zentrumsversammlung hatte er seine Betreuen extra durch holbe Mühllein eingeladen, die von Haus zu Haus gingen und das schöne Sprüchlein sagten: „Einen schönen Gruß vom Herrn Farrer und Ihr seid heute abend zur Versammlung freundlich eingeladen und das Ihr alle kommt.“ Aber damit noch nicht genug. Um wahrscheinlich der abendlichen Versammlung eine bessere Zugkraft zu verleihen, hatte der Herr Kaplan im Hauptgottesdienst über: Sozialisieren, Volkswirtschaft, Kommunismus usw. gesprochen. Wir gehen gewiß nicht fehl, wenn wir annehmen, daß dieses „Evangelium“ manchem Bauernmänn die Angst einflößte, es würden ihm seine Acker, Rube usw. enteignet. Aber das Gebären des Herrn Farrers deutet darauf hin, zu versuchen, jeder Anschauung von anderer Seite im voraus den Boden abzugraben. Gewisse Leute wollen sich immer noch nicht damit abfinden, daß sich auch hier die Arbeiter rühren und Preise in die Zentrumsdomäne legen. Die Arbeiter wollen eben nicht von Zentrumsgnaden in der Gemeindevverwaltung vertreten sein. Man will der festigen sozialdemokratischen Arbeiterchaft gnädig einen Sitz gewähren, mit dem kann sie nicht zufrieden sein und kritisiert deshalb lieber einen Kampf. Dieser sollte allerdings auch von der gegnerischen Seite offen geführt werden, um eine Aufregung in weiten Kreisen zu vermeiden; Maulwurfsarbeit verrichtet bekanntlich den Kampf. Zur Vürgermeisterei wollen wir heute schon sagen, daß für uns nur jemand in Betracht kommt, der die vollste Gewähr bietet, dieses Amt im Interesse aller Stände ohne Unterschied der Konfession zu verwalten und keine persönlichen und materiellen Vorteile zu ergattern sucht und keine Nebenregierung duldet. Für die Arbeiter und Kleinbauern heißt es aber, auf dem Damm zu sein, denn: Nur die allergeringsten Kälber, wählen Ihre Schlichter selber!

Die Städteordnung für Baden in der Fassung des Gesetzes vom 13. März 1919, mit den auf die Städtewahlgesetz bezüglichen neuen Vorschriften. Nach amtlichen Unterlagen, Karlsruhe 1919. Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Preis geb. M. 1.80, kart. M. 2.40. — Alle, die mit den bevorstehenden Städtewahlen zu tun haben, finden hier vollständige und zuverlässige Unterlagen. Auf Grund der neuesten Gesetzes-Verordnungen bearbeitet, ist das Buch eine wirklich brauchbare Zusammenstellung für Behörden, Parteien und für jeden Wähler.

Freiburg, 11. Mai. Den Stadtratsordneten ist eine Vorlage über die Erbohrung einer Thermalquelle zugegangen.

Aus der Partei.

K. Aus bei Durlach, 11. Mai. Die nächste Parteiverammlung findet am Mittwoch, 14. Mai, im Lokal zur „Blume“ statt. Da noch viele Wahlarbeiten zu erledigen sind, bitten wir die Genossen, zahlreich und pünktlich um 8 Uhr abends erscheinen zu wollen. Auch seien die Genossen ersucht, für die Gemeindevorwahl kräftig zu agitieren. Stoff ist überreichlich vorhanden. Jeder auf seinen Posten und das Resultat wird für uns ein sehr erfreuliches sein.

Niederbühl, 9. Mai. Nachdem unser 1. Vorsitzender Genosse Kurz sein Amt niedergelegt hat, wurde in der Mitgliederversammlung sein Amt niedergelegt, wurde in der Mitgliederversammlung seine Stelle gewählt. Wir bitten, alle die Parteigenossen, Schriftkassen an Genosse Schmitt, Ringstraße 146, zu senden. Gleichzeitig ersuchen wir alle Genossinnen und Genossen von hier wie auch von dort, darauf hinzuwirken, daß bei der am 18. Mai stattfindenden Wahl die sonst Gleichgültigen an der Urne erscheinen, so daß uns wie bei den Nationalwahlen ein schöner Erfolg beschieden sein wird.

Staubsaug-Ausgabe der Stadt Karlsruhe

Cheaufgabe. Ludwig Kaufmann von Kleinschloßheim, Kaufmann hier, mit Bertha Weigelt v. Kume...

Todes-Anzeige

Statt jeder besonderen Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser liebes Kind 8442

Margarete

nach längerem schwerem Leiden heute Abend 10 Uhr im Alter von nahezu 12 Jahren zu der Ewigkeit abzurufen.

Willy, Daub und Frau geb. Fiebler

Trauerhaus: Altparkstraße 40. Beerdigung Montag, den 12. Mai 1919, nachmittags 1/3 Uhr von der Friedhofkapelle aus.

Bekanntmachung. Feststellung der Ernteflächen.

1. Gemäß Verordnung des Reichsernährungsministers vom 2. März 1919 ist die Größe der Ernteflächen festzustellen, die z. B. der Erhebung angeht sind mit:

- Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Getreide aus Getreide aller Art, Körnermais (Weißkorn), Buchweizen, Hirse...

Pferdegestellung in Brandfällen.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Abs. 1 der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, im Falle eines Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden.

Table with 2 columns: Pferd, Preis. Includes entries for 'das erste Pferd', 'das zweite Pferd', etc.

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefolgung dieser Aufforderung nach § 114 Abs. 4 des Badischen Polizeistrafgesetzbuchs strafbar.

Pferdefleischverkauf.

Table with 2 columns: Pferd, Preis. Includes entries for 'das erste Paar Pferde', 'das zweite Paar Pferde', etc.

2. Bei der Erhebung handelt es sich nur um selbstmäßigen Anbau. Der Anbau in Haus- und Obhgärten, ferner in Kleingärten, Gärten...

3. Die Ernteflächen sind nur in Ar und Quadratmeter anzugeben (1 Ar = 100 Quadratmeter).

4. Die Angaben sind vom Bewirtschafter des Bodens oder seinem Stellvertreter zu machen.

5. Die Angaben sind auch für solche Flächen zu erstatten, die nicht auf landwirtschaftliche Benutzung vorbestimmt sind.

6. Die Angaben sind nur auf den vorgeschriebenen Vorbrücken zu erstatten, die kostenlos erhältlich sind bei den Polizeiwachen und den Gemeindefraktarien der Vororte.

7. Diese Vorbrücke sind sorgfältig auszufüllen und spätestens am 25. Mai in den Vororten bei den Gemeindefraktarien, in der Altstadt bei der Polizeiwache bei einer der Polizeiwachen abzugeben.

8. Durch seine Unterschrift hat der zur Angabe Verpflichtete oder sein Vertreter die Richtigkeit seiner Angaben zu bestätigen. Angaben ohne Unterschrift gelten als nicht abgegeben.

9. Der vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben macht oder die Angaben zu den er verpfändet ist, nicht in der gefestigten Frist erstattet, hat Bestrafung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geld bis zu 10 000 Mark zu gewärtigen.

Karlsruhe, den 10. Mai 1919. 8430 Das Bürgermeisteramt.

Städtisches Konzerthaus.

Vorstellung des Badischen Landestheaters. Montag, den 12. Mai 1919. 8451

Der Revolutionär.

Drama in drei Aufzügen von Wilh. Speyer. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. 8443

Mützen, Taschenuhren

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, Margaretenstraße 22. 8441

Gasherd

Flobert - Munition. 8435

Zu verkaufen

Hafen-, Ziegen- und andere Helle lauft gegen gute Zahlung. 8145

S. Sonntag, Karlsruhestraße 19, (Baden). 8145

Ein Posten blaue Cheviots 140 breit für Herrenanzüge u. Kostüme sowie Zwirn-Hosenzeuge für Arbeiterhosen, in guter Qualität empfiehlt 8452 Jacob Wertheimer

Zu verkaufen: Landhäuser in Neuenbürg, Wiesloch, Langen- alth, Wülferbach, teils sofort beziehb., M. 19000.- bis 30 000.-

Die Nachtzeit. Wöchentlich freigegeben, 20 beich. enthaltende Akt-u. Modekarten, 20 Karten M. 3.-, 100 Karten M. 12.50, Porto extra.

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei Karlsruhe, Adlerstrasse 16 empfiehlt: Die neue Gemeindeordnung

Keine Wanze mehr für Mk. 2.- nur mit Kammerjäger Berg's Nicodol u. II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.

Mail-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2800 Geschirr-Reparaturanstalt Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421, bei Graf. 8436

Stadt. Vierordtbad

Versch. Kurbäder:

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Douchen, Wickel (Pak- kungen) u. Massagen, Dampf- u. Heissluft- kastenbäder etc.

Damenbadezeit: Mont- ag u. Mittwoch vorm- itt. v. 9 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 2 1/2 bis 7 1/2 Uhr.

Herrenbadezeit: Alle übrige Zeit. Sams- tags auch über die Mittagszeit geöffnet. An Sonn- u. Feiert- agen geschlossen. 8440

Gemüsefehlänge

Ztomaten, ohne Topf 90 Pf. pifert 15 Selterie 5 Verkauf von 9-1 Uhr. Städt. Gartenaumt, Ettlingerstr. 6. 8434

J. Hartmann

Karlsru. 22, St. 2. St., empfiehlt 8441

Moderne Damen Sportjacken, Kostüme

Mandolinen, Gitarren, Zithern werden fortwährend ange- kauft in 2819

Weintraub Ju- und Verkaufsgeschäft,

Kronenstr. 52. Tel. 3747. 8444

Kautabak

solange Vorrat, die Rolle oder Stange M. 1.- und Porto gegen Nachnahme. Nicht unter 10 Stück. Andreis, Oberried b. Freib. 8445

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom Montag, den 5. Mai bis Samstag, den 17. Mai 1919 wird in der Wasserwerkstraße und Rebeniusstraße die mechanische Reinigung des Wasserrohrstranges so- wohl tagüber, wie auch nachts vorgenommen.

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erklärungen des Wassers auch in entfernteren Rohr- leitungen nicht vermeiden; einwilliges Ausschleusen des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen. 8274

Karlsruhe, den 3. Mai 1919. Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Züchtiger Holzdreher

zu sofortigem Eintritt gesucht. 8428

Markstaber & Barth Karlsruhe 67.

der sozialdem. Partei befindet sich jetzt Adlerstraße 16

Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.

! !

! !

! !

! !

! !

! !

Stärke -Wäsche

wird wieder in normaler Lieferfrist besorgt.
Dampf - Waschanstalt Schorpp.

Annahme-Stellen in Karlsruhe: 2908
Kaiseralle 37, Schillerstrasse 18, Gabelbergerstrasse 1, Amalienstrasse 15, Rheinstrasse 18, Ecke Kurven- und Augustastrasse, Kaiserstrasse 54, Kaiserstrasse 243, Wilhelmstrasse 33, Bernhardstrasse 3, Ecke Ludwig-Wilhelmstrasse, Werderstrasse 32.
Baden-Baden: Lichtentalerstr. 16. Bruchsal: Wörthstrasse 6.
Durlach: Hauptstrasse 15. Heidelberg: Plöck 90.
Pforzheim: Zorrnerstrasse 19. Rastatt: Poststrasse 6.

Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Montag, den 12. Mai, abends 8 Uhr
im Saal 3 der Brauerei Schrempf, Waldstraße

Öffentl. Frauen-Versammlung

Frau Kunigunde Fischer und Dr. Kraus
sprechen über

Die Aufgaben der Frau in der Gemeinde.

Frauen und Mädchen erscheint in Massen in dieser
Versammlung. Der Vorstand.

Öffentlicher Vortrag!

Landeswohnungs- und Regierungsrat Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe spricht am kommenden Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale der Festhalle zu

Durlach
über:

Wohnungsnot u. baugenossenschaftliche Selbsthilfe.

Eintritt frei!

Gemeinnützige Baugenossenschaft Durlach, E. G. m. b. H.

Protest-Versammlung gegen den Gewaltfrieden.

Aufruf!

Die fürchterlichen, schmachvollen und unerfüllbaren Friedensbedingungen unserer Feinde fordern den entsetzten, einmütigen und entschlossenen Widerstand des gesamten deutschen Volkes heraus.
Eine Kundgebung der Karlsruher Bürgerschaft in diesem Sinne soll am

Dienstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr
im großen Festhallsaal

erlassen werden.
Wir laden alle unsere Mitbürger, Männer und Frauen, zu zahlreicher Beteiligung an dieser Veranstaltung hiemit freundlich ein.

Karlsruhe, den 10. Mai 1919.

Der Stadtrat. Der geschäftsführende Vorstand der Stadtverordneten
Deutsch-Demokratische Partei. Deutsch-nationale (Christliche) Volkspartei.
Sozialdemokr. Partei. Zentrumspartei.

Z. V. Zentral-Verband der Handlungsgehilfen

Bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues ist im Sekretariat, sowie im Rechnungs- und Revisionsdienst je eine Bürobeamtenstelle zu besetzen.
Unsere Geschäftsstelle befindet sich ab heute Erbprinzenstraße 17, gegenüber der kath. Stadtkirche. Sprechstunden taglich von 1 bis 5 Uhr nachmittags.

Öffene Stellen.

Bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues ist im Sekretariat, sowie im Rechnungs- und Revisionsdienst je eine Bürobeamtenstelle zu besetzen.
In Betracht kommen Bewerber aus der Zahl der Aktiven, Amtsbedienten und Finanzangestellten.
Bewerbungen sind mit Lebenslauf und Dienstzeugnissen versehen bei der Oberdirektion binnen 8 Tagen einzureichen.

Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen!

Dienstag abends acht Uhr findet im Saal III (Koloosseum), Waldstraße, eine

öffentl. Wählerversammlung

statt, in der Frau Abg. R. Fischer und Kaufmann Fritz Köpfer über:

„Die Bedeutung der Gemeindevahlen“

sprechen werden.
An dieser Versammlung sind alle kaufmännischen Angestellten und Beamte, Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen freundlichst eingeladen.

Freie Aussprache!
Sozialdemokratisches Wahlkomitee.

Tierschutz-Berein.

Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 Uhr, Saal der „Vier Jahreszeiten“, Lichtbilder-Vortrag.

„Ein Trauerspiel in der Tierwelt“

von Herrn Julius Grambsch.
Eintritt frei! Damen willkommen! Gäste erbeten!

3455 Der Vorstand.

Verkauf ausgeliehener Pferde.

Das Generalkommando hat eine Verfügung erlassen, wonach die von den Truppenteilen als nicht mehr dienlich ausgetriebenen Pferde nunmehr an die Besizer veräußert werden können.

Weitere Ausleihungen finden nur nicht mehr statt. Die wenigen noch vorhandenen dienstunbrauchbaren Pferde werden öffentlich versteigert.

Anfragen sind an die Truppenteile bzw. die Pferdebesitzerstellen zu richten, von denen die Pferde entliehen sind.

Steuer-Anmeldung.

Nebst Jahr beim Steuer-Büchlein schreiben sollen die Steuerpflichtigen — ohne besondere Aufforderung — neue schriftliche Steuererklärungen beim Steuerkommissar des Bezirks einreichen, wenn am 1. April mehr Vermögen vorhanden ist oder sich ein höheres Jahreseinkommen ergeben hat als das womit sie besteuert sind. Dies gilt im laufenden Jahre insbesondere auch für Arbeiter, Angestellte und Beamte wegen ihrer erhöhten Besteuerung. Wer die Erhöhung nicht einreicht macht sich strafbar.

Gleichwohl haben in diesem Jahre die Veranlagungsbehörden in zahlreichen Fällen festgestellt, daß solche Unterlassungen vorgekommen sind, und zwar bei Personen in fester Stellung, wie auch insbesondere bei Gewerbetreibenden aller Art, die aus der Kriegslage erhebliche Vorteile ziehen konnten. Auch fehlen noch die Anmeldungen einer großen Zahl von Gewerbetreibenden, die seit Kriegsausbruch ihre Betriebe wieder eröffnet haben.

Sollen gegen diese Säumnigen nicht die strengsten Strafbestimmungen der Steuer-Gesetze angewendet werden, so müssen sie sich die schleunige Nachholung der Steuererklärungen angelegen sein lassen.

Steuerkommissar Karlsruhe-Stadt.

Um dem Gefühl der Trauer über die Friedensbedingungen Ausdruck zu geben, sind auf Anordnung des Ministeriums des Innern in der Zeit vom 10. bis einschließlich 17. Mai alle öffentlichen Lustbarkeiten, insbesondere Konzerte in Parks, Cafés, ferner Konzertveranstaltungen öffentlicher und geschlossener Gesellschaften einschließlich Konzerten, Aufführungen in Theatern und Lichtspieltheatern sind nur gestattet, wenn ihr Inhalt dem Ernste dieser schweren Zeit entspricht.

Karlsruhe, den 10. Mai 1919. D. 3. 161

Bezirksamt — Polizeidirektion. 3440

Ausenthalt in der neutralen Zone und im besetzten Gebiet betr.

Die Bestimmungen über Einreise in das besetzte Gebiet des Abschnitts V der neutralen Zone (Prälatal, Rheinfalz und Elz-Lothringen) haben einige Änderungen erfahren.
Auskunft kann in der Zeit von vormittags 10 bis 12 Uhr und nachmittags 4 bis 6 Uhr auf Zimmer 5 des Bezirksamtsgebäudes eingeholt werden.

Karlsruhe, den 5. Mai 1919. D. 3. 159

Bezirksamt — Polizeidirektion.

Wahl der Kreisabgeordneten betr.

Der unter „D. Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ in der Bekanntmachung vom 6. Mai 1919 aufgeführte Herr Anton, Former, Karlsruhe-Mühlburg, Quedlinstr. 54, heißt richtig:

Anton Sped.
Karlsruhe, den 10. Mai 1919. D. 3. 160

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung auf
Freitag, den 16. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr, in den großen Rathhauseaal, ergebenst einzuladen. 3447

Tagesordnung:
1. Feuerungszulage an die städt. Bediensteten (Nr. 20),
2. Fortschr. Vertrag für die städt. Arbeiter (Nr. 27).
Karlsruhe, den 10. Mai 1919.
Der Oberbürgermeister.

Lebensmittel-Verteilung

in der
Woche vom 12. Mai bis 18. Mai 1919.

1. Pasterkerke und Pasterkerke, 200 Gramm gegen die Marke B Nr. 111. Preis M. 1.24 für das Kilo.
 2. Kochfertige Suppen (eigene Herstellung) 1/2 Pfd. markenfrei. Preis 32 Pfg. für 1/2 Pfd.
 3. Marmelade, 1/2 Pfd. gegen die Marke F Nr. 111 Preis M. 1.30 für das Pfd.
 4. Fett (Butter) 100 gr gegen die Fettmarken A und B Nr. 111 mit Anhang und zwar in den Fettverkaufsstellen Nr. 201 bis 288a: Dienstag, den 13. Mai bis Donnerstag, den 15. Mai; Nr. 287 bis 285a: Donnerstag, den 15. Mai bis Samstag, den 17. Mai; Nr. 286 bis 291: Samstag, den 17. Mai bis Dienstag, den 20. Mai 1919. — In den Geschäften Nr. 287 bis 288a wird Landbutter, in den übrigen Geschäften Tafelbutter abgegeben.
 5. Erbsen oder Bohnen, geschält, 200 gr gegen die Marke G Nr. 111. Preis M. 1.10 für 1 Kilo. Erbsen und M. 1.05 für 1 Kilo geschälte Bohnen; als Ersatz für Kartoffel-ausfall.
 - 6a. Eichorie 1/2 Pfund gegen die Marke H Nr. 111. Preis M. 1.12 für das Pfund.
 - 6b. Gerstenkaffee 1/2 Pfund gegen die Marke H Nr. 111. Preis 52 Pfg. für das Pfund.
 7. Fischkonserven und Serringe gegen die Marke J Nr. 112, in den Lebensmittelgeschäften Nr. 6 bis 67, 1 Stück Serring oder 1 Dose Fischkonserven. Preis 68 Pfg. für 1 Stück Serring, M. 1.55 für 1 Dose Serringe in Tomaten, M. 1.45 für 1 Dose Serringe in Serringe. Die jetzt nicht zur Einföhrung gelangende Marke J Nr. 113 ist aufzubewahren.
 8. Fruchtkompott 1 Packung gegen die Hausmarken B Nr. 49 in sämtlichen Lebensmittelgeschäften. Preis M. 1.50 für die Packung. Die Hausmarken A Nr. 49, kommt nicht zur Einföhrung.
 9. Gemüsekonserven, Nachlieferung zur Verteilung laut Bekanntmachung vom 21. März 1919 in den allgemeinen Lebensmittelgeschäften Nr. 368 bis 389 einschließlich, gegen die Hausmarken B Nr. 46 1/2 Dose oder 1/2 Dose zu den auf den Dosen aufgedruckten Kleinverkaufspreisen.
 10. Stöckchen, reich gewässert, in den städtischen Verkaufsstellen, den Fischhandlungen und einschlägigen Geschäften markenfrei. Preis M. 1.40 für das Pfund.
 11. Kindernährmittel 1 Paket von 250 gr zu 90 Pfg. gegen die Putzmarken für Kindernährmittel B Nr. 111.
 12. Holsteiner Weiskraut, getrocknet, markenfrei zum Preise von M. 2.25 für das Pfund in allen Lebensmittelgeschäften.
 13. Kartoffeln, erfolgt besondere Bekanntmachung.
- II. Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 13. Mai 1919.
- III. Frist für Abrechnung und Ablieferung der Waren: Für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufszeit, für die anderen Waren Mittwoch, den 21. Mai 1919.
- IV. Für die Woche vom 19. Mai bis 25. Mai 1919 sind zur Verteilung vorgelesen:
- | | |
|--------------------------------------|----------------------------------|
| Gruppen 200 gr | Amerikanisches Weizenmehl 250 gr |
| Kochfertige Suppen, 100 g | Stöckchen |
| Butter 300 gr | Kindernährmittel |
| Marmelade 1/2 Pfund | Fett |
| Leigwaren 200 gr als Kartoffelersatz | Holsteiner Weiskraut |
- Karlsruhe, den 9. Mai 1919. 3446
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Östl. und Nichtpreise

Gültig in der Zeit vom 12. Mai bis 18. Mai 1919 einschließlich für die Stadt Karlsruhe und die Gemein-den des Amtsbezirks Karlsruhe.

Gemüse	Pfg.	Gemüse	Pfg.
Birking	30	Feldsalat	100
Spinat	30	Kreiersalat	140
Schneidemöhren, rot	30	Lattich	240
gelb	25	Sellerie	60
Karotten, lange u. runde	35	Rauch	45
Milben, rot	25	Bild-emilbe	20-25
Kohlrabi	15	Madieschen, Wiener	20-30
Kopfsalat aus dem Feld	25-35	und Eisgapsen	Pfund
Kopfsalat aus dem Freizeid	25-35	Marharber	60
Freizeid	25-35	Zwiebeln	65
Freizeid	25-35	Sauerkraut	25
Freizeid	25-35	Eingemachte Milben	16

In allen Waren, sowohl an den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen, sind die Preise in deutlicher sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen. Das Zurückhalten angeblich verkaufter Waren ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß vom Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Meinen an jedermann abgegeben werden. Die mit einem Stern versehenen Preise sind Östl. Preise.

Karlsruhe, den 9. Mai 1919. 3448

Kreisverwaltungsstelle für Marktwaren.